Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz
27. Januar 2007, Hotel Radisson, Inseliquai 12, Luzern

Protokoll

Präsidentin: Heidi Rebsamen
Dauer: 11.30 – 17 Uhr

Entschuldigt : Geri Müller, Urs Müller, Marie Schaffer, Jean Rossiaud, Maja Gehrig, Stefan Krebser, Urs Bernhardsgrütter, Daniele Jenni

1. Begrüssung

Heidi Rebsamen, Grüne LU, begrüsst die Delegierten im Namen der Grünen Luzern.
Rosa Rumi, Kopräsidentin der Grünen LU, Regierungsratskandidatin
Die Luzerner Grünen sind gut vertreten in Exekutive und Legislative der Stadt Luzern: sie haben 8 der 44 Sitze im Stadtparlament inne und stellen mit Ruedi Meier den Sozialdirekter der Stadt. Bei den kantonalen Wahlen am 1. April wollen sie zu den 6 Grossratssitzen weitere hinzugewinnen und im Regierungsrat Einsitz nehmen.
Wünscht den Grünen ein erfolgreiches Wahljahr, denn „Grün ist die angesagteste Farbe“!
Ruth Genner : Präsidentin der Grünen Schweiz
Das Engagement der Grünen für die Schwächsten, für eine bessere Sozialpolitik und gegen Energieverschwendung macht uns glaubwürdig. Den Zuwachs, den wir in allen Kantonen verzeichnen, gibt uns Handlungsspielraum. Freut sich über die « Alternative Kanton Zug », die sich für die Beantragung des Beobachterstatus bei den Grünen Schweiz entschieden haben.
Gemäss Voraussagen werden wir bei den nationalen Wahlen auf 9 Prozent WählerInnenanteil kommen. Unser Ziel sind 3 bis 5 zusätzliche Sitzung im Nationalrat und der Einzug in den Ständerat.
CVP und FDP legen sich im Wahljahr nun plötzlich ein grünes Mäntelchen um, beide Parteien haben sich aber in der laufenden Legislatur als Bremser betätigt, wenn es um Massnahmen für eine wirkungsvolle Klimapolitik ging.
Es gibt zahlreiche gute Gründe, grün zu wählen, die Wahlplattform legt sie dar. Die politische Mehrheit hat keine langfristige Vision, deshalb braucht es die Grünen unter der Bundeshauskuppel.
Ueli Leuenberger : Vizepräsident der Grünen
Heute in 271 Tagen sind Wahlen und wir werden wissen, wie stark wir im Parlament vertreten sind. Seit zwei Jahrzehnten kämpfen wir gegen die Verschwendung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gegen Klimaveränderung, gegen die Verantwortungslosigkeit. Heute ist die Katastrophe da, fassbar sogar für die unbelehrbarsten Politiker.
Das Verdikt der Experten ist eindeutig : die Erwärmung wird schneller und stärker vor sich gehen als vorausgesagt. Der Meeresspiegel steigt um ca. 50 cm, der Schnee wird verschwinden, die Wüstengebiete sich ausdehnen. Die Folgen: Umweltkatastrophen, die Millionen von Menschen zwingen werden, ihre Heimat zu verlassen => Migrationswellen, die die Wirtschaftsentwicklung destabilisieren werden. Jetzt erst nehmen die FDP und die CVP ökologische Forderungen in ihre Wahlplattformen auf, dies, nachdem sie in Kommissionen und im Parlament immer gegen Umweltschutz gekämpft haben.
Wir müssen die Diskussion bei der Arbeit, in der Familie und in den Parlamenten engagiert führen und uns als einzige Kraft präsentieren, die verantwortungsbewusst und kohärent in Sachen Klima agiert. Ist sicher, dass es sogar in den Reihen der SVP Leute hat, die begreifen, dass die Bedrohung nicht von den MigrantInnen ausgeht, sondern von der drohenden Klimakatastrophe. Es braucht mehr echte Grüne in der Politik!

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

2. Statuten

Wahl der StimmenzählerInnen
Aline Trede, Andreas Schönbächler, Felix Wettstein, Marlène Perret-Gentil, Peter Taennler.

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 16. September 2006

Genehmigt

Wahlen in den Vorstand:
Oliver Collaud, Freiburg, vorgestellt von Hubert Zurkinden:
Oliver ist ein Grüner der neuen Generation, motiviert und im Kanton Freiburg sehr aktiv. Ist seit letztem Jahr Vorstandsmitglied der Grünen Freiburg. Setzt sich ein für eine gerechtere, ökologischere Welt ein. Mit seinem kritischen, konstruktiven und offenen Geist wird er dem Vorstand gut tun.

Oliver Collaud wird per Akklamation in den Vorstand gewählt.

Beobachterstatus der *Alternative Kanton Zug*
Jo Lang : wir beantragen den Beobachterstatus bei den Grünen Schweiz, weil wir dieselben Ziele verfolgen. Unser Herz ist grün, seit 2003 sind wir auf nationaler Ebene Mitglied der Grünen Fraktion. Auf kantonaler Ebene setzen wir uns ein gegen immer mehr Strassen, gegen Steuerdumping, dessen Folgen extrem hohe Land- und Wohnungspreise sind, gegen die schamlose Bereicherung der multinationalen Konzerne zu Lasten der Dritten Welt (Glencore und Xstrata).
Bittet die Delegierten, dem Antrag der *Alternative Kanton Zug* zu entsprechen.

Einstimmig, bei einer Enthaltung, sprechen sich die Delegierten für die Aufnahme der Alternative Kanton Zug in den Beobachterstatus aus.

3. Informationen

Aus der Fraktion : Therese Frösch
Die Fraktion hat Budget und Finanzplan 2007 abgelehnt: der Rechnungsabschluss 2006 ist viel besser ausgefallen als prognostiziert, die Sparmassnahmen sind nicht gerechtfertigt.
Alle Vorschläge, die eine Budgeterhöhung in den Bereichen Bildung, Gleichstellung, Entwicklungszusammenarbeit, usw. verlangten, wurden vom Parlament abgelehnt. Das Rüstungsbudget ist das höchste seit 1998.
Die bürgerlichen Parteien haben ihre Forderungen im Patentgesetz durchgebracht : keine restriktiven Beschränkungen in Sachen Patente auf Leben und keine Zulassung von Parallelimporten. Die Grünen haben der Erhöhung des Budgets für die EU-Forschungs-Programme um 2,5 Milliarden Franken, verteilt auf sieben Jahre, zugestimmt.
Aus dem Sekretariat :
Miriam Behrens : Hauptthema der Wahlkampagne wird das Klima und die Energiepolitik sein.
Zu den Gaskraftwerken: Die Grünen sind dagegen, wir verlangen Effizienzmassnahmen. Wenn wir auf die Option Gaskraftwerke einsteigen, wird keine einzige Effizienzmassnahme an die Hand genommen werden.
Klima-Initiative : die Verhandlungen mit den Umweltschutzorganisationen sollten Ende Monat abgeschlossen sein. Der Initiativtext geht im Februar in die Vernehmlassung, im April wird die Initiative lanciert.
Hubert Zurkinden: heisst Aline Trede willkommen, die neu Koordinatorin der Jungen Grünen Schweiz ist.

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

Das Referendum gegen die IV-Revision ist zustande gekommen, die Initiative gegen Kriegsmaterialexporte ist immer noch am Laufen. Es bleiben noch 70'000 Unterschriften zu sammeln, nationaler Sammeltag ist der 17. Màrz 2007.

4. Budget 2007

Wir starten ins Wahljahr ohne Defizit und dies dank sorgfältigem Umgang der Fraktion und des Sekretariats mit dem Geld. Das Generalsekretariat leistet mit einem Total von 320 Anstellungsprozenten vielfältige Aufgaben, die eigentlich von mehr Personen geleistet werden müssten. Der nationale Mitgliederbeitrag ist sehr tief angesetzt, das muss im kommenden Jahr überdacht werden.

Am 25. November 2006 ist das Budget 2006 vom Vorstand angenommen worden. Wichtige Änderungen: Erhöhung der Mandatsabgaben, da wir mehr BundesrichterInnen haben, Lohnerhöhungen um 2,5%, Mieterhöhung, da Reinigung inbegriffen ist.

Die für die Wahlen vorgesehenen Mittel sind bescheiden. Es ist schwierig, mehr vorzusehen, da die Situation uns nicht erlaubt, mit einem Defizit abzuschliessen (eingeschränktes Mitgliederreservoir und Fraktion, die bereits grosse Summen bezahlt). Zudem laufen die Kampagnen vor allem in den Kantonen, dort wird das Geld benötigt.

Rechnung mit grossem Mehr angenommen

5. Initiative für eine menschenfreundlichere Mobilität

Bastien Girod: stellt die Initiative der Jungen Grünen gegen die Offroader vor.
Klimaerwärmung => Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Unser CO_2-Ausstoss ist viel zu hoch, der grössere Teil stammt aus dem Privatverkehr, der in ständiger Zunahme begriffen ist.
Die Initiative hat zum Ziel, die CO_2-Immissionen zu verringern, die sparsamen und sicheren Fahrzeuge zu fördern und die Sicherheit der StrassenbenutzerInnen zu erhöhen, in dem man die Offroader limitiert.

Die Fahrzeuge, die bereits im Verkehr sind, werden nicht verboten, aber ihre Geschwindigkeit wird auf 100 km/h beschränkt. Gut begründete Ausnahmen berechtigen bestimmte Personen weiterhin, Offroader zu fahren.
Die Initiative zielt nicht nur auf die Geländerfahrzeuge, sondern auch auf sehr starke Wagen mit einem zu hohen Treibstoffverbrauch.
In fast allen Städten wurden bereits Komitees gebildet. Die Initative wird von einem politisch neutralen Verein getragen, dem der VCS, IG Velo, Road cross und Fussverkehr Schweiz angehören. Lancierung der Initiative: Ende Februar.
Vincent Rossi :
Die Initiative ist ein Beitrag zur Verzögerung der Klimaerwärmung (CO_2-Emissionen durch Fahrzeuge in der Schweiz werden um 20 Prozent reduziert); die Anhänger der sanften Mobilität und vor allem die Kinder werden besser geschützt.
Die Initiative ist ein klares Signal an die Automobilhersteller, wir wollen leichte Autos, die die Umwelt weniger verschmutzen. Die Aufrüstung auf der Strasse muss aufhören!
Hubert Zurkinden: Die Grünen Schweiz müssen heute enscheiden, ob sie die Initiative der Jungen Grünen unterstützen. Wir haben ihnen vorgängig bereits gesagt, dass für uns die Klima-Initiative Vorrang hat => die Grünen Schweiz beteiligen sich nicht finanziell an der Initiative und verpflichten sich nicht punkto Sammelquoten.

Die Delegierten unterstützen grossmehrheitlich bei zwei Enthaltungen die Initiative für menschenfreundlichere Mobilität.

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

6. Parole für die Abstimmung vom 11.März 2007

Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse

Anne-Catherine Menétrey-Savary : Die Initaitive, die vom Mouvement populaire des familles und den Grünen lanciert wurde, wird heute von vielen Organisationen, darunter auch die SP, mitgetragen. Sie erlaubt es, die Gesundheitskosen zu senken und dank tripartiter Führung garantiert sie mehr Transparenz.
In dem wir die Grundversicherung von der Zusatzversicherung trennen, verbessern wir das Solidaritätsprinzip und Stoppen die Konkurrenz zwischen den Versicherten (gute Risiken). Es ist eine Chance, ein gerechteres System zu haben, das den mittleren und tiefen Einkommen etwas bringt. Die Konsequenzen bei Ablehnung der Initiative wären: Verzicht auf Kontrahierungszwang und freie Arztwahl, Kürzung des Leistungskataloges, Ausstieg aus der Alternativmedizin.
Die Initiative wirkt bereits jetzt: Couchepin gibt bekannt, dass die Reserven der Kassen zu hoch seien und dass die Brustkrebsfrüherkennung Teil der Grundkatalogs sein könnte. Die Einheitskasse ein Staatsmonster? Wer würde so die Arbeitslosenkasse oder die IV bezeichnen ?
Fordert die Grünen auf, die Ja-Parole zu beschliessen.
Therese Frösch : Tendenz heute beim KVG: die Grundversicherung zu begrenzen => mehr Zusatzversicherungen ! Undurchsichtiges System, nur 83 % des Geldes der Versicherten fliesst in Pflegekosten. Die Einheitskasse von morgen bedeutet Grundversicherung für alle und ein intakter Leistungskatalog, ein transparentes System, demokratisch und effizient, gerechte und soziale Prämien. Das Prämienberechnungsmodell des Initiativkomitees wird nächste Woche publiziert.
Marcel Wüthrich BE : überall in Europa existiert das Problem mit den Gesundheitskosten. Die Initiative wird das Problem der Kostenexplosion nicht lösen, wohingegen das aktuelle System dieses Problem bewältigen kann.
Iren Eichenberger SH : ist ebenfalls gegen die Initaitive und schliesst sich den Argumenten von Marcel an. Die Initiative legt keine Ziele fest. Befürchtet, dass die Umsetzung der Initiative nicht zugunsten der Versicherten ausfallen wird. Werden die Leistungen wirklich so gut sein, wie wir uns das vorstellen?

Mit 107 Ja zu 10 Nein bei 9 Enthaltungen beschliessen die Delegierten die Ja-Parole

Hubert Zurkinden : Für die Kampagne in der deutschen Schweiz werden Postkarten produziert, die in die Kantone geschickt werden. Bittet um Verteilung. Für die Romandie steht ebenfalls Material zur Verfügung.

7. Nationale Wahlen 2007, Wahlplattform

Ueli Leuenberger : die Wahlplattform wurde dem Vorstand und den Kantonen vorgelegt. Folgendes Vorgehen ist vorgesehen:
Keine Eintretensdebatte. Die grau gedruckten Anträge auf der Liste wurden von der Geschäftsleitung angenommen => wenn keine Opposition von Seiten der Delegierten, werden sie stillschweigend angenommen. Das Vorgehen bei den von der Geschäftsleitung abgelehnten Anträgen (schwarz gedruckt):

1. Argumentation der Geschäftsleitung
2. Argumente der Antragsstellenden, Redezeit 3 Minuten
3. Diskussion Delegierte, 2 Minuten Redezeit pro Person
4. Abstimmung

Anträge

A3 : GL ➔ Die Plattform umfasst die Zeit der Legislatur. Es handelt sich nicht um ein Parteiprogramm.
LU ➔ einverstanden, wünschen aber, dass das Wort « Ziel » erwähnt wird.
⇨ *abgelehnt*

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

A4 : GL ➔ stabilisieren heisst, dass wir die aktuelle Zunahme stabilisieren. Wir wollen diese aber stoppen !
VD ➔ es ist unmöglich, die Erwärmung zu stoppen, es ist nur möglich, sie zu bremsen.
⇨ *abgelehnt*
A5 : GL ➔ der offizielle Begriff ist *Verkehr*. Nur so verständlich.
BE ➔ veralteter Begriff. *Mobilität* ist umfassender und schliesst *Verkehr* ein.
Pierre Santschi ➔ Mobilität ist ein Modewort und propagandistisch. Wir müssen von Transportpolitik sprechen.
⇨ *abgelehnt*
A7 : GL ➔ nicht nötig, hier zu erwähnen. Kommt im Kapitel Sozialpolitik.
⇨ *abgelehnt*
A8 : GL➔ wichtig, ein Beispiel zu behalten, da verständlicher.
VS ➔ das Kriterium ist nicht aussagekräftig. Den Grenzwert einen Tag während mehrerer Stunden zu überschreiten ist schlimmer als ihn zehn Mal während 10 Sekunden zu überschreiten.
⇨ *Angenommen*
A10 : GL ➔ Artenschutz und Biodiversität sind zwei verschiedene Dinge. Es geht in diesem Kapitel um den Schutz der bedrohten Arten.
⇨ *angenommen*
A12 + A14 : GL➔ klar erweist die Natur auch Dienste, wir wollen ihr aber nicht eine monetären Bedeutung geben. Die Natur hat das Recht, für sich selbst zu existieren, sich selbst zu genügen.
VS ➔ Es ist wichtig, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass die Natur nicht nur eine Ressourcenquelle ist, sondern auch zahlreiche Dienste erbringt.
⇨ *abgelehnt*
A18+ A24+A25 : GL➔ unsere Forderungen in drei Kategorien einzuteilen ist nicht möglich, weil einige mehrere Bereiche tangieren. Zudem betrifft die Mehrzahl der Forderungen den Verkehr.
GE➔ Antrag von der AG der Genfer angenommen. Es sind verschiedene Aktionswege vorgesehen, um vom Öl weg zu kommen bis ins Jahr 2030. Nicht nur auf den Verkehr zielen, die Emissionen stammen auch von den Haushalten, der Industrie und von der Landwirtschaft. Es ist wichtig, die Einteilung wieder aufzunehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir kümmerten uns nur um den Verkehr. In Sachen CO_2-Reduktion sind die Anstrengungen ebenso wichtig in den anderen Bereichen.
Miriam Behrens : versteht das Anliegen, wir haben aber in diesen Bereichen keine Vorschläge. Wir haben uns auf die Hauptforderung konzentriert.
Antonio Hodgers : wir schlagen einen Inhalt für jede Kategorie vor.
Miriam : A24+A25 : fällt in Zuständigkeit der Kantone. Wir sind einverstanden damit, einige Punkte in diesem Sinn zu formulieren (Haushalte und Gebäude), aber ohne zu kategorisieren.
Robert Cramer : Der Bund erhebt auch Steuern, Steueranreize können also auch auf eidg. Ebene geschaffen werden. Um die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, muss der Bund mehr tun.
Giorgio Canonica : unterstützt den Genfer Antrag. Es ist der einzige, der auch die mit der Beleuchtung verbundenen Probleme berücksichtigt. Die Lichtverschmutzung wird in der Plattform gar nicht erwähnt.
Miriam : *schlägt Neuformulierung der Forderungen in Zusammenarbeit mit den Genfern vor, ohne bei den Kategorien in die Details zu gehen.*
Franziska Teuscher : Wichtigkeit von Energie Schweiz betonen.
⇨ *angenommen* (Vorschlag Miriam)
A20 : GL➔ wir verlangen eine CO_2-Abgabe und nicht beides.
VD : Jetzt, wo der Klimarappen eingeführt ist, ist dies nicht schlecht. Er kann mit der CO_2-Abgabe kumuliert werden. Es ist wichtig, lautstark zu sagen, dass wir die CO_2-Abgabe wollen. Wenn beide möglich sind, weshalb nicht beide verlangen!
Miriam : solange der Klimarappen existiert, wird eine CO_2-Abgabe kaum eingeführt .
⇨ *abgelehnt bei 56 Nein, 35 Ja und 6 Enthaltungen*
A22 :
⇨ *angenommen*

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

A29 : GL➔ wir wollen weder Pumpspeicherung noch Staumauererhöhungen.
BE : wir müssen eine gewisse Offenheit behalten (z.B. Grimsel). Totale Opposition könnte denen zugute kommen, die neue AKW wollen.
Peter Müller : Wir dürfen die Möglichkeiten der Wasserkraft nicht gänzlich ausschliessen. Schlägt vor, im deutschen Text *Windmühlen* mit *Windkraftwerke* zu ersetzen.
Miriam: Pumpspeicherung ist sehr umstritten und benötigt sehr viel Strom. Dient dazu, Strom zu Spitzenzeiten zu produzieren, wenn dieser sehr teuer verkauft werden kann.
⇨ *abgelehnt*
A30 : GL➔ zu unklar formuliert
LU : es ist wichtig, dass der Bund den Lead übernimmt, damit die Kantone eine richtige Energiepolitik betreiben.
⇨ *Wird berücksichtigt, aber nicht mit dieser Formulierung* (mit Vorschlag der Genfer)
A32 : GL➔ Die Grünen haben die Erhöhung der Haftpflichtversicherung verlangt, aber keine unbeschränkte Haftpflichtversicherung.
⇨ *angenommen*
A 33 : GL➔ schlägt eine neue Formulierung vor, um zwischen Stadt und Land zu unterscheiden.
GE : die Zersiedelung der Landschaft ist primär das Resultat einer falschen Raumplanung. Die Zunahme von Einfamilienhäusern hat mit anderen Anreizen zu tun, nicht mit Steueranreizen. Die Zersiedelung der Landschaft, gegen die sich die Grünen wehren, hat mit dem Zugang zu Eigentum nichts zu tun.
Kathrin Giovannone : die Passage zur Besteuerung kann hier gestrichen werden, weil sie weiter hinten im Steuerkapitel vorkommt.
Ruth Genner : wir haben uns auf Berechnungen gestützt, die zeigen, dass bei einer Änderung des Steuersystems die Hauseigentümer 100 Millionen mehr Steuern bezahlen müssten. Sie sind also im Moment noch sehr priveligiert.
⇨ *angenommen*
A35 : *zurückgezogen* zugunsten von A40
A36 : bei A5 schon behandelt
⇨ *abgelehnt*
A39 : *angenommen* auf der Basis von A33
A 50 : GL➔ zu vage Formulierung
VD : Im Bereich der Chemie wurden Produktetests über eine zu kurze Zeitdauer gemacht und dann wurde voreilig der Schluss gezogen, sie hätten keine (neg.) Folgen. Dieser Fehler darf sich bei der Gentechnologie nicht wiederholen.
⇨ *Das Prinzip im Text integrieren*
A 52 : *zurückgezogen*
A55 : *abgelehnt* siehe oben unter A12
A56 : ➔GL : wir wollen nicht den Eindruck erwecken, die Umwelt könne monetarisiert werden.
VS : das Beispiel sollte den Wert der Umwelt aufzeigen. Um die Wirtschaft zu überzeugen, muss aufgezeigt werden, dass auch aus wirtschaftlicher Sicht ein Interesse besteht.
⇨ *abgelehnt*
A58 : GL➔ nicht dem Forderungskatalog entsprechend, zu detailliert.
LU : diese beiden Begriffe müssen in diesem Papier erwähnt werden. Wir dürfen dies nicht den bürgerlichen Parteien überlassen. Sie erscheinen immer für die Landwirtschaft, weshalb nicht im Baubereich ?
Miriam : wir können versuchen, diese anderswo im Papier zu integrieren.
LU : ev. im Kapitel Gesundheit einfügen
➔ *Idee wird aufgenommen*
A60: GL➔ es ist nicht die Position der Grünen, ein existenzsicherndes bäuerliches Mindesteinkommen via Direktzahlungen zu garantieren.
GPB-DA : Wir stehen den kleinen und mittleren Bauern nahe und das ist ihre Position. Jedes Jahr verschwinden viele Bauernbetriebe ➔ welche Folgen für die Umwelt entstehen, wenn nur grosse

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

Betriebe überleben ? Wir müssen garantieren, dass die anderen mit einem angemessenen Einkommen überleben können.
Hubert : wir wollen nicht, dass das Überleben mit Direktzahlungen gesichert wird. Aber wir wollen, dass die Bauern von einem existenzsichernden Mindesteinkommen leben können. Wir werden versuchen, die Idee an einem anderen Ort richtig zu formulieren.
⇨ *Idee einfügen*
A62 : GL➔ mit erstem Satz einverstanden, mit zweitem nicht.
⇨ *2. Satz abgelehnt*
A64 : GL➔ steht im Widerspruch zu unserer aktuellen Position. Absatz von oben genommen, da er im Kapitel Raumplanung nichts zu suchen hat (s. A33).
⇨ *abgelehnt*
A68 : GL➔ das ist eine alte Forderung der Grünen, wir wollen daran festhalten.
BE: Der Aspekt der Arbeitsqualität fehlt. Diese neue Aufteilung kann problematisch sein, weil sie den Druck auf die Arbeitnehmenden erhöht. Diese könnten ihre Arbeit verlieren.
⇨ *abgelehnt* , aber die bezahlte und unbezahlte Arbeit integrieren.
A70 : GL➔ empfiehlt Annahme
Kathrin Giovannone: diese Forderung wirft Fragen auf, die noch nicht gelöst sind : wieviel ? wie finanziert ? Wir können nicht garantieren, dass die Schweiz immer genug reich ist, um allen ein Existenzminimum zu garantieren ➔ plädiert für Ablehnung
⇨ *angenommen*
A76 : GL➔ schwer verständliche Beispiele sollen nicht aufgeführt werden, beim Prinzip bleiben.
⇨ *abgelehnt*
A81 : GL➔ ist der Ansicht, das Personen, denen dies möglich ist, sich an den Kosten beteiligen müssen.
LU : die Eltern zu beteiligen entspricht nicht den Prinzipien der Integration und der Chancengleichheit.
⇨ *abgelehnt*
A85
⇨ *angenommen*
A87 : GL ➔ Die Friedenspolitik muss an erster Stelle bleiben. Der Antrag von GE rückt die Ressourcen in den Vordergrund.
GE : unser Antrag entspricht unserer Identität besser. Wir sollten nicht auf die Bush-Politik fokussieren. Das Papier spricht auch nicht von den russischen, koreanischen, usw. Problemen. Wir wollen alle Hinweise auf aktuelle Akteure vermeiden.
Balthasar Glättli : man muss den Anfangstext berücksichtigen. Das Problem geht wirklich von den USA aus. All die Leute, die gegen den Krieg im Irak auf die Strasse gegangen sind, dürfen wir nicht vergessen !
⇨ *abgelehnt*
A88: GL➔wir müssen die Verantwortlichen beim Namen nennen
LU : wir dürfen uns nicht auf die USA beschränken, auch andere Mächte sind in diese Konflikte verwickelt.
Bastien Girod : der Konsum der SchweizerInnen trägt auch zum Konflikt bei ➔ nicht nur auf die USA schiessen, sondern zu vernünftigem Konsum aufrufen.
⇨ *angenommen*
A89 : GL➔ das ist eine Tatsache und nicht eine Meinung der Grünen. Das bestätigt, dass die Klimaprobleme real sind.
⇨ *abgelehnt*
A90 : GL➔ schlechte Formulierung
⇨ *abgelehnt*
A91 : *zurückgezogen*
A95 : *angenommen* aber neue Formulierung
A96 :
⇨ *abgelehnt*

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

A97 : GL➔ möchte nicht Quersubventionierung begünstigen. Die Abgabe muss für den sauberen Verkehr benutzt werden aber nicht als Solidaritätsbeitrag.
GE : das ist eine Idee, die von Frankreich und Lula lanciert worden ist. Keine Hemmungen haben, die Touristen zu belangen.
⇨ *angenommen*
A100 : GL➔ wir sind für die Abschaffung der Armee. Aber bis dahin muss das Material für Katastrophenfälle benutzt werden können.
GPB-DA : es geht nicht um Katastrophen, sondern um Sicherheit (Bsp. Anti-WEF-Kundgebung und Luftüberwachung während des WEF). Eingesetzt gegen Meinungsäusserungsfreiheit.
⇨ *abgelehnt* mit 52 Nein gegen 38 Ja
A101-A102 : GL➔ die Position in der Plattform basiert auf der Position in unserem Europapier, das an der DV in Bellinzona verabschiedet wurde.
GE, Robert Cramer : es geht nicht um ein Rückkommen auf alles, was in Bellinzona beschlossen wurde. Wenn es Probleme gibt, dann ziehen wir den Antrag A102 zurück. An der Genfer Mitgliederversammlung waren 100 Personen anwesend. Sie alle haben den Titel des Europakapitels nicht verstanden. Dieser Titel ist in einem Positionspapier okay, aber geht nicht für eine Wahlplattform. Deshalb haben wir unseren Änderungsvorschlag gemacht. Kein Titel mit einem aber, denn das ist eine schlechte Botschaft.
Balthasar Glättli : wir haben darüber in Bellinzona sehr ausführlich diskutiert. Der Titel ist politisch korrekt und gibt die Position der Partei wieder. Er ist einleuchtend und gut kommunizierbar.
Pierre Santschi : findet Titel vorzüglich, wir sind in Europa und wir wollen ein grünes Europa.
⇨ *Angenommen* mit 50 Ja und 39 NEIN
A102 : zurückgezogen
A103 : *zurückgezogen*
A107 : GL ➔ Der Bundesrat kann nicht jedes Gesetz unter dem Blickwinkel der Grünen Forderungen überprüfen.
GPB-DA : Beispiel, das zeigt, wie nötig diese Forderung ist : die Bilateralen Abkommen => wir haben alles mehrheitlich akzeptiert, anschliessend erwiesen sich die Gesetze als problematisch.
⇨ *Zweiter Satz zurückgezogen*
⇨ *Erster Satz mit Änderung angenommen*
A108 : GL : wir sind gegen das Anfügen eines neuen Kapitels. Auch wenn wir im Prinzip einverstanden sind, deshalb Entscheid, nicht auf den Antrag einzutreten.
GPB-DA : Der Vorstand der Grünen Schweiz hat diesen Antrag mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Die Grundrechte werden in der Schweiz immer mehr mit Füssen getreten, wir müssen dagegen Stellung nehmen.
BS : unterstützen den Antrag. Das ist ein ganz wichtiges Thema für die Grünen. Wir können uns nicht als Verteidiger der Demokratie und der Grundrechte bezeichnen, wenn es um die EU geht und vor unserer eigenen Haustüre nicht wischen.
⇨ *angenommen* mit Streichung der Passage zum Internet (Pornographie und Extremismus)

Francois Sauter : verlangt, dass die Grünen sich einsetzen für eine Gesetzgebung, die die Auslagerung und den Personalabbau bei erfolgreichen Unternehmen bestraft.
Jean-Claude Mermilliod : schlägt vor, dass die Grünen ein Positionspapier zum Naturschutz erarbeiten.

Schlussabstimmung:
Die Wahlplattform wird mit den vorgenommenen Änderungen einstimmig genehmigt.

8. Varia

Grégoire Raboud kündigt an, dass die Walliser Grünen dieses Jahr die Sommeruniversität organsieren. Sie findet am 1./2. September an der Landwirtschaftsschule Sion zum Thema: Energie statt.

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de

Hubert Zurkinden bedankt sich bei den Luzerner Grünen für die Organisation der DV, Heidi Rebsamen für die Sitzungsleitung, den TechnikerInnen und den ÜbersetzerInnen für ihre hervorragende Arbeit.

Bern, mars 2007
Yolande Peisl/ Übersetzung : Gabriela Bader

PDF wurde mit pdfFactory-Prüfversion erstellt. www.context-gmbh.de